



Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 9
am 11.10.2013

Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 179-06-2013 vom 20.09.2013
- 4 Behindertengerechte Toilette Marktplatz Benrath - Sachstandsbericht von Frau Kerler -
- 5 70/ 24/2013 Straßenbaumstatistik 2013
- 6 179/ Anfrage: Notunterkünfte für Obdachlose, Forststraße 46-48
141/2013 / Kleinstraße 30-32
- Herr Yimbou, Die Linke -
- 7 179/ Anfrage: Wohnungsleerstand im Bezirk 9
143/2013 - Herr Yimbou, Die Linke -
- 8 179/ Anfrage: Verkehrslärm A 46
147/2013 - Herr Retza, SPD-
- 9 179/ Anfrage: Grundstück ThyssenKrupp Tellerlingstraße
150/2013 - FDP-Fraktion -
- 10 179/ Antrag: Vermarktung der Immobilie „Altes Benrather Krankenhaus“, Hospitalstr.1
145/2013 -interfraktionell-
- 11 179/ Antrag: Herstellung des Internetzugangs in der Städtischen
146/2013 Gemeinschaftsgrundschule Südallee
-FDP-Fraktion-
- 12 179/ Antrag: Sachstandsbericht Streetworker Kamper Acker
149/2013 - SPD-Fraktion -
- 13 179/ Antrag: Verfügungsmittel Heimatgemeinschaft Groß-
142/2013 Benrath e.V., Nikolausfeier
-interfraktionell-
- 14 179/ Antrag: Verfügungsmittel Weihnachtsbaum für Hassels
144/2013 -interfraktionell-
- 15 Haushaltsplanberatungen 2014
- 16 179/ Antrag: Verfügungsmittel Förderverein Kitafreunde St. An-
151/2013 tonius Düsseldorf-Hassels e.V.; Vogelnechtschaukel
-interfraktionell-
- 17 179/ Antrag: Verfügungsmittel St. Sebastianus Schützenbruder-
155/2013 schaft Düsseldorf Himmelgeist e.V.; Martinszug 2013
-interfraktionell-

18 179/
156/2013 Antrag: Sachstandsbericht Lärmschutz am Werstener Kreuz
- SPD-Fraktion –

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr	Angerhausen	CDU
Herr	Blumenrath	CDU
Frau	Geller	CDU
Herr	Gelshorn	SPD
Herr	Dr. Graf	CDU
Herr	Hampe	CDU
Herr	Retza	SPD
Herr	Ringleb	CDU
Herr	Schardt	Bü 90/ Grüne
Herr	Schmidt	SPD
Herr	Schuth	CDU
Ratsherr	Yimbou	DIE LINKE

vom Rat

Ratsherr	Kurth	CDU
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsherr	Nicolin	FDP
Ratsfrau	Wiedbrauk	CDU

Verwaltung

Herr Mehner	Bezirksverwaltungsstelle 9
Herr Wirtz	Bezirksverwaltungsstelle 9

Sonstige Teilnehmer

Frau Dr. Hoppe	Seniorenbeirat
Herr Fischer	Behindertenbeirat

Presse

Frau Everts	Westdeutsche Zeitung
Frau Röhrig	Rheinische Post

I. Öffentlicher Teil

1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bezirksvorsteher Schuth begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Anerkennung der Tagesordnung

Herr Retza führt aus, dass er am Dienstag einen Dringlichkeitsantrag zum Lärmschutz am Werstener Kreuz vorbereitet habe. Aufgrund der gestrigen Berichterstattung in der Presse habe sich eine neue Situation ergeben. Er habe daher den Antrag neu formuliert. Er laute nun wie folgt:

Die Bezirksvertretung 9 bittet den Ordnungs- und Verkehrsausschuss, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich der Zufahrt zum Werstener Tunnel in Fahrtrichtung stadtauswärts auf 60 km/h zu begrenzen, so wie es zwischenzeitlich für wenige Tage geschehen war.

Bezirksvorsteher Schuth stellt fest, dass es keinen Widerspruch gibt, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Mehner bittet, den Nachtragstagesordnungspunkt 16 sowie die Tischvorlagen „Verfügungsmittel St. Sebastianus Schützenbruderschaft Düsseldorf-Himmelgeist“ als TOP 17 und den vorerwähnten Antrag von Herrn Retza zur Geschwindigkeitsreduzierung als TOP 18 auf die Tagesordnung zu nehmen.

Bezirksvorsteher Schuth schlägt vor, den TOP 15 - Haushaltsplanberatungen - als letzten Punkt zu behandeln.

Die Bezirksvertretung 9 erkennt die Tagesordnung mit den vorstehenden Änderungen/Ergänzungen an.

Bezirksvorsteher Schuth weist darauf hin, nach der Sitzung noch über eine Änderung des Sitzungstermins am 06.12.2013 beraten werden müsse.

3 Genehmigung der Niederschrift 179-06-2013 vom 20.09.2013

Die Bezirksvertretung 9 genehmigt die Niederschrift 179-6-2013 vom 20.09.2013.

4 Behindertengerechte Toilette Marktplatz Benrath - Sachstandsbericht von Frau Kerler -

Herr Mehner entschuldigt Frau Kerler, die erst am Donnerstag aus dem Urlaub zurückgekehrt sei. Frau Kerler habe ihn gebeten, der Bezirksvertretung mitzuteilen, dass sich das Amt für Gebäudemanagement in intensiven Verhandlungen mit der Firma Wall befinde, damit eine Wall-Toilette an dem von der Bezirksvertretung beschlossenen Standort aufgestellt werden könne. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen seien, werde die Bezirksvertretung über das Ergebnis unterrichtet. Mehr hätte Frau Kerler wegen der laufenden Verhandlungen auch nicht vortragen können.

Falls die Maßnahme in diesem Jahr nicht mehr ausgeführt werden könne, werde das Amt für Gebäudemanagement die Kämmerei bitten, die für die Toilette bereit stehenden Mittel von 165.000,00 € in das nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Ein flankierender Beschluss der Bezirksvertretung 9 wäre hilfreich.

Herr Angerhausen unterbreitet den Vorschlag, sogleich den entsprechenden Beschluss zu fassen.

Bezirksvorsteher Schuth lässt abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Kämmerei, die für eine Toilettenanlage auf dem Benrather Marktplatz bereit stehenden Mittel von 165.000,00 € in das Haushaltsjahr 2014 zu übertragen, sofern die Errichtung der Anlage in 2013 nicht mehr zu realisieren ist.

**5 Straßenbaumstatistik 2013
70/ 24/2013**

Herr Gelshorn weist darauf hin, dass einige der neu gepflanzten Bäume vertrocknet seien. Er bittet das Gartenamt, zukünftig für eine bessere Pflege zu sorgen.

Die Bezirksvertretung 9 nimmt die Vorlage 70/24/2013 zur Kenntnis.

**6 Anfrage: Notunterkünfte für Obdachlose, Forststraße 46-48 / Kleinstraße 30-32
- Herr Yimbou, Die Linke -
179/ 141/2013**

Laut Information der Einwohner/-innen des städtischen Notunterkunftshauses für Obdachlose an der Kleinstraße 30-32, Ecke Forststraße 46-48 in Benrath-Ost soll die Einrichtung bis Ende 2013 geschlossen werden, weil der Vertrag ausläuft und bedauerlicherweise nicht verlängert werden kann.

In diesem Zusammenhang bittet die Bezirksvertretung 9 die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1.
Wie ist es zu begründen, dass der Vertrag nicht verlängert werden konnte?
2.
Wie viele Einwohner/-innen sind davon betroffen, und wo werden sie künftig untergebracht?
Aktuell werden die Einwohner/-innen von 2 Sozialarbeitern betreut, und es ist anzunehmen, dass zwischen den Einwohnern/-innen eine Vertrauensbasis entstanden ist.
3.
Kann man davon ausgehen, dass die Bewohner weiterhin von den bisherigen Sozialarbeitern betreut werden?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu1.

Das Mietverhältnis für die Liegenschaft Kleinstraße 30-32/Forststraße 46-48 endet zum 31.12.2013. Der Abschluss eines neuen Mietvertrages ist nicht zustande gekommen, da die vom Eigentümer gewünschten zukünftigen Vertrags- und Mietkonditionen für die Stadt nicht akzeptabel sind.

zu 2.

Von der Schließung der Unterkunft werden rund 50 vorwiegend alleinstehende männliche Obdachlose betroffen sein. Die zukünftigen Unterbringungsmöglichkeiten werden derzeit geprüft.

zu3.

Eine weitere Betreuung durch den Sozialdienst in den Unterkünften kann durch das Amt für soziale Sicherung und Integration sichergestellt werden. Die jeweilige personelle Zuständigkeit richtet sich aus Gründen der Effektivität insbesondere auch an der Lage im Stadtgebiet aus und ist daher vom zukünftigen Standort der Unterbringung abhängig.

**7 Anfrage: Wohnungsleerstand im Bezirk 9
- Herr Yimbou, Die Linke -
179/ 143/2013**

Am 27. August 2013 wurde in der Presse berichtet, dass in Düsseldorf seit Jahren viele Wohnungen leer stehen, weil der Zustand eine Neuvermietung nicht zulässt.

Laut § 177 BauGB kann eine Kommune einen Eigentümer auffordern und verpflichten, seine Immobilie zu modernisieren bzw. instand zu setzen. Insbesondere dann, „wenn die bauliche Anlage nicht den allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse entspricht“, ...“die bestimmungsgemäße Nutzung der baulichen Anlage nicht nur unerheblich beeinträchtigt wird“ oder „die bauliche Anlage nach ihrer äußeren Beschaffenheit das Straßen- oder Ortsbild nicht unerheblich beeinträchtigt“.

In diesem Zusammenhang bittet die Bezirksvertretung 9 die Verwaltung folgende Fragen zu beantworten:

1.

Wie viele Wohnungen in wie vielen Häusern stehen im Stadtbezirk 9 langfristig leer, weil ihr Zustand eine Neuvermietung nicht zulässt?

2.

Bei wie vielen dieser Wohnungen hat der/die Eigentümer/-in eine Modernisierungs- bzw. Instandsetzungsaufforderung nach § 177 BauGB erhalten?

3.

Welche weiteren Initiativen hat die Verwaltung ergriffen, um im Stadtbezirk 9 gegen Wohnungsleerstand vorzugehen?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu 1.

Angesichts der in 2006 unterbliebenen Verlängerung der Zweckentfremdungsverordnung durch die Landesregierung NRW besteht zurzeit für die Verwaltung – bei nicht mit öffentlichen Mitteln geförderten Wohnungen – keine Veranlassung, anhaltenden Leerständen im Wohnraumbestand nachzugehen.

zu 2.

Die Entscheidung über die Anordnung eines Modernisierungs- und Instandsetzungsgebots nach §177 BauGB liegt beim Stadtplanungsamt.

zu 3.

Soweit Wohnungsmängel ursächlich für einen anhaltenden Leerstand sind, wird auf die Wiederherstellung der Gebrauchstauglichkeit des Wohnraums mit den Anordnungsmöglichkeiten des Wohnraumförderungs- und Nutzungsgesetzes NRW für **Wohnungen in der sozialen Wohnraumförderung** hingewirkt.

Ansonsten verfügt die Verwaltung derzeit über kein geeignetes Instrumentarium (siehe Antwort 1), um gezielt gegen den vermeidbaren Leerstand von Wohnraum vorzugehen, wenn er aus anderen Gründen als seiner Mangelhaftigkeit dem Wohnungsmarkt vorenthalten bleibt.

Herr Mehner ergänzt zu Antwort 2, dass nach Auskunft des Stadtplanungsamtes bisher kein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot nach § 177 BauGB angeordnet worden sei. Bei verwaorlostem Wohnraum hätten Gespräche mit dem Eigentümer zu einem positiven Ergebnis geführt. Im Übrigen sei es äußerst schwierig, ein Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot durchzusetzen. Wenn der Eigentümer nachweisen könne, dass für ihn eine Modernisierung und Instandsetzung nicht wirtschaftlich sei, habe die Stadt nur begrenzte Möglichkeiten für eine Durchsetzung.

8 Anfrage: Verkehrslärm A 46
- Herr Retza, SPD-
179/ 147/2013

An den nächsten Wochenenden wird auf der A46 ein lärmindernder Dünnschichtbelag eingebaut. Für diesen Fall hatte die Stadt Ergänzungsmaßnahmen angekündigt.

In diesem Zusammenhang bittet die Bezirksvertretung 9 die Verwaltung um Beantwortung folgender Fragen:

1.

Welche ergänzenden Maßnahmen zur Lärminderung, z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, sind städtischerseits geplant?

2.

Wann erfolgt die Realisierung?

3.

Welche Lärminderung wird durch diese Maßnahmen erwartet?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu1.

Der Ordnungs- und Verkehrsausschuss hat am 02. Mai 2012 beschlossen, im Anschluss an die von der Landesregierung angekündigte Lärmsanierung der A46 in Wersten mit Dünnschichtasphalt die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich der Werstener Straße zu reduzieren. Die Geschwindigkeit stadteinwärts soll im Abschnitt Kölner Landstraße bis In den Großen Banden von 80 km/h auf 60 km/h begrenzt werden. Stadtauswärts soll die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Werstener Straße ab der Ausfahrt zur Kölner Landstraße von 80 km/h auf 50 reduziert werden.

Zu2.

Die Geschwindigkeitsbegrenzungen sind unmittelbar nach Erneuerung der Fahrbahndecke der A46 durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW Ende September 2013 umgesetzt worden.

Zu3.

Unter Hinweis auf die Antwort zur Anfrage 179/63/2012 vom 30.März 2012 wird eine Minderung des Verkehrslärms ausgehend von der A46 und der Werstener Straße von zwei bis drei Dezibel (A) in den angrenzenden Wohnvierteln erwartet.

**9 Anfrage: Grundstück ThyssenKrupp Tellerlingstraße
- FDP-Fraktion -
179/ 150/2013**

Es wird Bezug genommen auf die Antworten des Umweltamtes vom 03. September 2013 auf eine Anfrage im Schulausschuss in der Sitzung vom 03. September 2013 zum Sachstand der Auswertung des Bodengutachtens – Albrecht Dürer Kolleg. Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, folgende Fragen zu beantworten:

1.

Im Hinblick auf die gutachterlich ermittelten „Schadensbereiche“ und die „schadstoffbelasteten Auffüllungen“ bittet die Bezirksvertretung um konkrete Mitteilung, welche Schadstoffe dort eingebracht wurden. Bitte abschließend auflisten.

2.

Geht von den unter Nr. 1 genannten Schadensbereichen bzw. Auffüllungen eine Gefahr für 1. das Grundwasser, 2. Leib und Gesundheit von Menschen und / oder 3. die Umwelt im Allgemeinen aus?

3.

Falls Nr. 2 bejaht wird, ordnen Sie die Gefahrenlage bitte auf einer Skala

von 1 (kleine Gefahr) bis 6 (große Gefahr) ein bzw. falls Nr. 2 verneint wird, erläutern Sie bitte, warum dann ein Sanierungs- und Überwachungskonzept erforderlich ist?

Herr Mehner beantwortet die Anfrage wie folgt:

Zu1.

Bei den ermittelten Schadensbereichen wurden sowohl nutzungsbedingte als auch auffüllungsbedingte Verunreinigungen mit unterschiedlichen Schadstoffen angetroffen.

Bei den schadstoffbelasteten Auffüllungen, die eine mittlere Mächtigkeit von 1,5 bis 3 Meter aufweisen, wurden überwiegend Verunreinigungen mit polycyclischen aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) und Schwermetallen (Kupfer, Chrom), die an Asche und Schlacke gebunden sind, festgestellt.

Bei den nutzungsbedingten Verunreinigungen handelt es sich im Wesentlichen um Einträge von Kohlenwasserstoffen sowie in einem Bereich um geringfügige Einträge von chlorierten Kohlenwasserstoffen (CKW). Außerdem gibt es in einem Bereich nutzungsbedingte Zinn-Verunreinigungen.

Zu2.

Nach Aufnahme der Bodenplatten und der Versiegelungen besteht aufgrund der hohen Schadstoffgehalte die Gefahr einer Schadstoffverlagerung in das Grundwasser. Darüber hinaus kann dann auch eine Kontaktgefährdung für Menschen nicht ausgeschlossen werden.

Durch die derzeitige Situation (Einzäunung des Geländes, bestehende Versiegelung bzw. vorhandene Bodenplatten) besteht nach den vorliegenden Untersuchungsergebnissen zum jetzigen Zeitpunkt kein akuter Handlungsbedarf.

Zu3.

Bei einer Neunutzung des Grundstückes ist die Situation wegen der zu erwartenden Veränderungen wie z.B. der Entsiegelung des Bodens, der bautechnisch bedingten Entfernung von Fundamenten und des Aushubes im Hinblick auf den Grundwasserschutz und die geplante Nutzung neu zu bewerten.

Um im Rahmen der Neunutzung gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse sicherzustellen und um den Umweltbelangen Rechnung zu tragen, ist ein Sanierungskonzept zu erstellen.

Bezirksvorsteher Schuth bedauert, dass aufgrund dieser Antwort das ThyssenKrupp-Grundstück an der Tellingstraße als Standort für das Albrecht-Dürer-Berufskolleg ausscheiden würde. Er hätte es jedoch begrüßt, wenn die Bezirksvertretung früher über das Ausmaß der Altlasten auf dem Grundstück unterrichtet worden wäre – zumal er selbst Kontakt zum Umweltamt gesucht habe.

Ratsherr Nicolin erkundigt sich, inwieweit das Bauprojekt „Mühlenviertel“ von den Altlasten auf dem ThyssenKrupp-Grundstück betroffen sei.

Herr Mehner verweist auf die Stellungnahme des Umweltamtes, die besagt, dass keine Gefahr für die Umwelt bestehe, solange die Bodenplatten

und die Versiegelungen nicht aufgenommen würden. Ein Sanierungskonzept müsse erst erstellt werden, wenn eine Neunutzung des Grundstück geplant sei.

Herr Gelshorn fragt nach, ob denn ein Sanierungskonzept vorgesehen sei. Um das Grundstück endlich einer Nutzung zuzuführen, wäre ein Sanierungskonzept unerlässliche Voraussetzung.

Herr Mehner erwidert, dass ihm hierüber keine Information vorliege. Zurzeit befinde sich ThyssenKrupp als Eigentümer in der Verantwortung.

Ratsherr Nicolin verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung zu einer Anfrage im Schulausschuss am 03.09.2013, wonach ein Sanierungskonzept erstellt werden solle, aber von einer kurz- oder mittelfristigen Umsetzung nicht auszugehen sei. Um jedoch einer möglichen Grundwasserverunreinigung vorzubeugen, sollte ein Antrag gestellt werden, möglichst kurzfristig ein Sanierungskonzept durch den Eigentümer ThyssenKrupp erstellen zu lassen.

Herr Angerhausen erklärt, er sei heute zum ersten Mal mit den Daten konfrontiert worden. Er empfehle daher, zunächst im Kreis des Bezirksvorstehers, seiner Stellvertreter und der Fraktionssprecher das weitere Vorgehen zu beraten.

Herr Mehner weist nochmals darauf hin, dass erst bei Aufnahme der Bodenplatten bzw. Aufbruch der Versiegelung eine akute Gefahr eintreten würde. Darüber hinaus sei das Grundstück eingezäunt. Zurzeit jedenfalls bestehe kein akuter Handlungsbedarf.

**10 Antrag: Vermarktung der Immobilie „Altes Benrather Krankenhaus“,
Hospitalstr.1
-interfraktionell-
179/ 145/2013**

Bezirksvorsteher Schuth macht darauf aufmerksam, dass zur nächsten Sitzung des APS am 16.10.2013 die Ratsfraktionen von CDU und FDP eine gemeinsame Anfrage zur „Entwicklung des Geländes des ehemaligen Benrather Krankenhauses“ gestellt hätten. Gleichfalls habe die SPD-Ratsfraktion einen Antrag „Werkstattverfahren Hospitalstraße“ gestellt.

Frau Dr. Hoppe bedankt sich für die Unterstützung durch die Politik. Das Aktionsbündnis „Wohnen im Alten Hospital Benrath“ sei offen für Anregungen.

Ratsherr Yimbou stört sich an dem im Antrag verwandten Wort „berücksichtigen“. Dieser Begriff besage doch, dass das Projekt eines Mehrgenerationenhauses nur eine untergeordnete Rolle bei den Planungen zur Nutzung des Grundstücks spiele.

Herr Mehner entgegnet, dass zunächst ermittelt werden müsse, welche Nutzung im Rahmen der Vermarktung des Grundstücks vorgesehen sei. Auf dem Grundstück seien zumindest zum Teil auch andere Nutzungen als die eines Mehrgenerationenhauses möglich.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 empfiehlt dem Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf im Rahmen der Befassung mit dem Grundstück Hospitalstraße 1 die Projektideen und Pläne der Wohngruppen zur Verwirklichung eines Mehrgenerationenwohnprojektes in Benrath zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretung 9 bittet hierzu die Verwaltung, in der für Fachausschuss und Rat vorzubereitenden Beschlussvorlage über die Verwertung der Immobilie die Planung des Mehrgenerationenwohnprojektes zu berücksichtigen. Zudem wird die Verwaltung gebeten, der Bezirksvertretung 9 einen Bericht zu erstatten, welche Planungen / Vorhaben im Rahmen der Vermarktung der Immobilie bereits vorliegen.

- 11 Antrag: Herstellung des Internetzugangs in der Städtischen Gemeinschaftsgrundschule Südallee
-FDP-Fraktion-
179/ 146/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.

Die Bezirksvertretung 9 bittet das Amt für Gebäudemanagement, die Verkabelung der WLAN-Access-Points unverzüglich, in jedem Fall aber bis zum Ende der Herbstferien 2013 vorzunehmen, die Schulleitung über alle notwendigen Schritte hierzu zu unterrichten und der Schulleitung einen Ansprechpartner des Amtes 23 zu benennen, welcher bei Rückfragen direkt angesprochen werden kann.

2.

Höchstvorsorglich für den Fall, dass die Maßnahmen nach Ziffer 1 nicht oder nicht rechtzeitig umgesetzt werden, lädt die Bezirksvertretung 9 die Amtsleiterin des Amtes 23 für die Sitzung der BV 9 am 08. November 2013 ein, um der Bezirksvertretung die Gründe für die Nichtumsetzung darzulegen.

- 12 Antrag: Sachstandsbericht Streetworker Kamper Acker
- SPD-Fraktion -
179/ 149/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 bittet die zuständige Fachverwaltung um einen Sachstandsbericht über den Einsatz von Streetworkern in problematischen Stadtteilen im Bezirk 9, insbesondere in Holthausen am „Kamper Acker“.

- 13 Antrag: Verfügungsmittel Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.V., Nikolausfeier**

**-interfraktionell-
179/ 142/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Heimatgemeinschaft Groß-Benrath e.v. aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Ausrichtung der diesjährigen Nikolausfeier am 06.12.2013.

**14 Antrag: Verfügungsmittel Weihnachtsbaum für Hassels
-interfraktionell-
179/ 144/2013**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Gemeinschaftsaktion „Ein Weihnachtsbaum für Hassels“ aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 500,-- €, zweckgebunden für die Aufstellung des diesjährigen Weihnachtsbaumes Am Denkmal in Hassels.

15 Haushaltsplanberatungen 2014

Herr Angerhausen kritisiert, dass die Haushaltsplanunterlagen erst am 01.10.2013 bei der Bezirksverwaltungsstelle eingegangen seien. Sowohl für die Politik als auch für die Bezirksverwaltung sei dies eine nicht zumutbare kurze Vorbereitungszeit gewesen.

Hinsichtlich der bezirksbezogenen Haushaltsansätze bemängelt **Herr Angerhausen**, dass diese wie in den Vorjahren inhaltslos und intransparent seien. Er wünsche sich endlich einmal einen echten bezirksbezogenen Haushalt.

Beim gesamtstädtischen Haushalt sei hervorzuheben, dass er wie in den Vorjahren ausgeglichen sei und die Rücklage wieder aufgefüllt werden konnte.

Herr Angerhausen regt an, die Erläuterungsberichte der Fachämter auch der Politik zur Verfügung zu stellen.

Herr Retza kritisiert, dass die bezirksbezogenen Haushaltsansätze von Jahr zu Jahr inhalts- und aussageloser würden. Bei den Verfügungsmitteln würde pro Einwohner ein lächerlicher Betrag von 30 Cent bereitgestellt, während für die Umsetzung eines Informationspavillons Unsummen verschwendet würden. Die geringen Mittel für die Bezirksvertretungen würden erneut zeigen, dass die Bezirksvertretungen nicht ernst genommen werden.

Ratsherr Nicolin erklärt, dass das NKF zu keiner Verschlechterung geführt habe, sondern anders aufgebaut sei als die Kammeralistik. Die Ver-

waltung werde dazu lernen, so dass der Haushalt im Laufe der Zeit übersichtlicher werde.

Für **Ratsherrn Yimbou** ist der Haushalt viel zu undurchsichtig, er werde ihm daher nicht zustimmen.

Herr Retza schlägt vor, den Haushalt und die bezirksbezogenen Haushaltsansätze nur zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 nimmt den Entwurf des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2014 zur Kenntnis.

Gleichfalls nimmt sie den Entwurf der bezirksbezogenen Haushaltsansätze 2014 für den Stadtbezirk 9 zur Kenntnis.

16 Antrag: Verfügungsmittel Förderverein Kitafreunde St. Antonius Düsseldorf-Hassels e.V.; Vogelnechtschaukel -interfraktionell- 179/ 151/2013

Herr Schmidt kritisiert, dass die Bezirksvertretung zum wiederholten Mal über Mittel des Haushaltes 2014 entscheiden solle und hierdurch den finanziellen Spielraum der ab Juni neu konstituierten Bezirksvertretung erheblich einenge. Er schlägt daher vor, den Antrag zurückzustellen.

Herr Angerhausen weist darauf hin, dass die derzeitige Bezirksvertretung bis Juni 2014 im Amt sei, die Kita aber bis Ende dieses Jahres aus abrechnungstechnischen Gründen die Vogelnechtschaukel bestellen müsse.

Herr Hampe erklärt, die Kita benötige Planungssicherheit.

Herr Schmidt betont nochmals, dass der finanzielle Spielraum der neuen Bezirksvertretung immer kleiner werde. Die SPD-Fraktion werde daher dem Antrag nicht zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen (7 CDU, 1 Grüne, 1 Die Linke)

3 Enthaltungen (3 SPD)

Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Förderverein Kitafreunde St. Antonius Düsseldorf-Hassels e.V. vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltes 2014 aus bezirklichen Verfügungsmitteln als Festbetrag einen Zuschuss in Höhe von 2.000,-- € aus Mitteln des Haushaltsjahres 2014, zweckgebunden für die Aufstellung einer Vogelnechtschaukel.

17 Antrag: Verfügungsmittel St. Sebastianus Schützenbruderschaft Düsseldorf Himmelgeist e.V.; Martinszug 2013 -interfraktionell- 179/ 155/2013

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung 9 gewährt der St. Sebastianus Schützenbruderschaft von 1641 Düsseldorf Himmelgeist e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,-- € zweckgebunden für die Durchführung des diesjährigen Martinszuges.

**18 Antrag: Sachstandsbericht Lärmschutz am Werstener Kreuz
179/ 156/2013**

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen (6 CDU, 3 SPD, 1 Bü90/Grüne, 1 Die Linke)
1 Enthaltung (CDU)

Die Bezirksvertretung 9 bittet den Ordnungs- und Verkehrsausschuss, die zulässige Höchstgeschwindigkeit im Bereich der Zufahrt zum Werstener Tunnel in Fahrtrichtung stadtauswärts auf 60 km/h zu begrenzen, so wie es zwischenzeitlich für wenige Tage geschehen war.

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:25 Uhr

Heinz-Leo Schuth

Bezirksvorsteher

Wolfgang Retza

Bezirksvertreter

Wolfgang Mehner

Leiter Bezirksverwaltungsstelle 9

Wolfgang Wirtz

Schriftführung